



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Christian Wulff zum Bundespräsidenten gewählt

Im dritten Wahlgang absolute Mehrheit für das neue Staatsoberhaupt

Die Bundesversammlung hat am Mittwoch Abend im dritten Wahlgang Christian Wulff mit absoluter Mehrheit zum Bundespräsidenten gewählt. Heute Mittag wurde der neue Präsident in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat von Bundestagspräsident Lammert vereidigt. Im Anschluss hielt das neue Staatsoberhaupt seine erste Rede im neuen Amt.

Natürlich wäre es ein klareres Signal der Geschlossenheit gewesen, wenn Christian Wulff bereits in einem früheren Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hätte. Aber es war von vornherein klar, dass diese Wahl spannend werden würde, weil sich zwei sehr respektable Kandidaten gegenüberstanden. Über die Motive derer, die ihre Stimme erst spät oder gar nicht für Wulff abgaben, kann nur spekuliert werden. Insgesamt werden wir aber unsere Arbeit in der Koalition verbessern müssen. Das sind wir allen Mitgliedern in der CDU/CSU-Familie schuldig. Auch die Bundestagsfraktion wird ihren Teil zu einem besseren Erscheinungsbild der Koalition beitragen. Die CDU-Mitglieder vor Ort müssen wieder stolz auf die christlich-liberale Regierung sein können!

In diesen sehr bewegten Zeiten brauchen wir einen Bundespräsidenten, der über eine große politische Erfahrung verfügt. Dass ihm diese Verankerung in der Politik nun zum Vorwurf gemacht wurde, verstehe ich nicht. Dagegen bin ich mir sicher, dass Christian Wulff in der Tradition der Präsidenten, die zuvor ein politisches Amt bekleideten – wie beispielsweise Richard von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister von Berlin oder Johannes Rau als Minister-

präsident von NRW - seine neue Aufgabe mit Bravour ausfüllen wird.

Zwei Punkte an der Diskussion vor der Bundesversammlung haben mich gewaltig gestört. Das öffentliche Plädoyer von mehreren ehemaligen hochrangigen Politikern aus unseren Reihen, die Wahl in der Bundesversammlung freizugeben, war ein Affront. Sie spielte einzig jenen in die Hände, die Vorbehalte gegen die repräsentative Demokratie und die Parteien durch unverantwortliches Gerede schüren.

An Scheinheiligkeit nicht zu überbieten war das Verhalten des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel. Die Aussage, dass der Kandidat von Rot-Grün ein Leben, Christian Wulff hingegen nur eine politische Laufbahn vorzuweisen habe, ist eine Unverschämtheit! Der SPD-Chef bedient damit billigste Ressentiments gegen die Politik. Ein verantwortungsvoller Politiker sollte dies nicht tun, weil er der Parteiendemokratie schadet. Aber der SPD-Vorsitzende schießt in allen seinen Äußerungen stets nur auf den vermeintlichen kurzfristigen Erfolg. Politik muss hingegen möglichst mit einem langen Atem agieren.

In den Mittelpunkt seiner Antrittsrede stellte der neue Bundespräsident den Zusammenhalt der Gesellschaft. So hob er das vielfältige Engagement älterer Menschen hervor, die ihre Erfahrungen an die junge Generation weitergeben. Ganz besonders wichtig ist ihm die verbesserte Integration der dauerhaft bei uns lebenden Ausländer. Wulff, der vor wenigen Wochen die erste Muslima in ein Landeskabinett berief, stellte klar: „Wir sollten nicht fragen, woher einer kommt, sondern wohin er will!“

Zitat der Woche

«Niemand von uns steht unter Denkmalschutz. Weder die Parlamente noch die Regierungen, nicht einmal das Staatsoberhaupt. Kritik muss sein! » (Bundestagspräsident Norbert Lammert in seiner Eröffnungsansprache zur 14. Bundesversammlung am Mittwoch im Deutschen Bundestag)

Leerverkäufe drastisch eingeschränkt

CDU/CSU und FDP ziehen zügig Schlussfolgerungen aus der Finanz- und Eurokrise. Ungedekte Leerverkäufe von Aktien und von Staatspapieren der Eurozone verbieten wir ebenso unmittelbar durch Gesetz wie ungedeckte Kreditausfallversicherungen auf Staatsschuldtitel der Eurozone, die nicht Absicherungszwecken dienen. Damit sind Finanztransaktionen verboten, die eine Bedrohung für die Stabilität der Märkte darstellen. Das Gesetz setzt ein Zeichen für die Märkte und für Europa. Der G20-Gipfel bei Toronto zeigte, wie schwierig Einigungen sind, wenn kein Land in Vorleistung tritt. Daher sind wir nicht zur Vorreiter in Europa, sondern Vorbild für weitere internationale Maßnahmen. Wenn eine europäische Lösung zur Leerverkaufsproblematik gefunden werden sollte, wird die nationale Regelung natürlich angepasst. Mit dem Gesetz sind wir zugleich Vorreiter in Europa und Vorbild für weitere internationale Maßnahmen.

Arbeitslosigkeit sinkt deutlich!

Auch in unserer Region ist die Zahl der Arbeitslosen weiter deutlich gesunken. Besonders erfreulich ist, dass dies insbesondere für junge Menschen unter 25 Jahren gilt. Deutschlandweit ist es durchaus realistisch, dass für den Herbst eine Zahl von unter 3 Mio. Arbeitslosen erwartet wird. Die Krisenprogramme der Bundesregierung haben Wirkung gezeigt: Einerseits wurde die Konjunktur durch Milliardenprogramme gestützt, die insbesondere Handwerk und Mittelstand halfen. Andererseits verhinderte die Ausweitung der Kurzarbeit Massenentlassungen, wie sie in anderen europäischen Ländern vorgenommen wurden. Auch Bundespräsident Christian Wulff hat in seiner Antrittsrede darauf hingewiesen, dass Deutschland die Krise sehr viel besser bewältigt hat als unsere Nachbarstaaten. Inzwischen trägt sich der Aufschwung weitgehend selber. Daher ist es jetzt die richtige Zeit, die staatlichen Stützungsmaßnahmen zurückzufahren.

G 20 Gipfel großer Erfolg für Angela Merkel

Die Ergebnisse des G20-Gipfels in Toronto sind ein großer Erfolg für Angela Merkel und für die stabilitätsorientierte Politik der Union. Die Kanzlerin hat erreicht, dass sich die Industriestaaten einigten, bis 2013 ihre Haushaltsdefizite zu halbieren und spätestens 2016 ausgeglichene Etats aufzustellen. Das ist weitaus mehr als zu erwarten war, denn über Wochen und Monate gab es öffentlichen Druck von vielen Seiten, weiterhin „deficit spending“ zur Konjunkturstimulierung zu betreiben. Die beeindruckenden aktuellen Konjunktur- und Arbeitslosenzahlen haben der Kanzlerin nun im Nachhinein Recht gegeben. Deutschland ist bisher deutlich besser als die meisten anderen Länder durch die Krise gekommen. Das liegt an unseren vorausschauenden, antizyklischen Krisenbewältigungsmaßnahmen der letzten zwei Jahre. Diese umsichtige Wirtschaftspolitik hat nun zum Erfolg, nämlich zu einem selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung geführt. Auch wenn im Ausland schon wieder vom deutschen „Job-Wunder“ gesprochen wird: Tatsächlich ist die positive Wirtschaftslage aber alles andere als ein „Wunder“, sondern einfach das Ergebnis unserer vorausschauenden, klugen Wirtschaftspolitik. Dazu gehört aber auch, nun eine Politik der Haushaltskonsolidierung zu betreiben. Das haben schließlich auch die großen Wirtschaftsnationen verstanden. Man kann es gar nicht hoch genug bewerten, dass die Kanzlerin aus Toronto mit der einmütigen Unterstützung der G20-Teilnehmer für ihren zentralen wirtschaftspolitischen Grundsatz heimkehrte: dass nämlich solide Staatsfinanzen Vertrauen stiften und damit am Ende auch gut für die Binnennachfrage sind.

Bundesmittel fließen in den Enzkreis

Im Rahmen eines Programms zur städtebaulichen Sanierung und Entwicklung werden in diesem Jahr 257.000 Euro nach Mühlacker fließen. 150.000 Euro erhält die Stadt Knittlingen aus dem Programm „Stadtumbau West“. Damit kann die Umwandlung des „Scholl-Areals“ zum neuen Standort von Feuerwehr und Bauhof vorangetrieben werden. Baustart soll noch in diesem Jahr sein.